

TOP 8:

Erklärung des Klimanotstands in Weyhe

- Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie des Ratsherrn Torsten Kobelt vom 03.06.2019

Vorlage: 2019/0122/1

Der Sachverhalt zu diesem TOP kann der Sitzungsvorlage entnommen werden.

1. stellv. Bürgermeister Seidel lobte die anwesenden Initiatoren der Weyher Fridays-For-Future-Bewegung Malin Uhlhorn sowie Ratsherrn Siard Schulz und bedankte sich für deren Engagement.

Ratsherr Könemund bedankte sich im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls. Er betonte, dass die Betroffenheit von Malin Uhlhorn und Siard Schulz alles erkläre und die mögliche Kritik dagegen ziemlich klein sei.

2. stellv. Bürgermeisterin Söfity mahnte an, dass es den Klimaschutz nicht zum Nulltarif gebe, es koste Geld und Einsicht, das eigene Leben zu verändern.

Ratsfrau Peters fand es problematisch, dass die Schülerinnen und Schüler in der Schulzeit demonstrieren. Sie habe Verständnis für die Menschen, die den Verstoß gegen die Schulpflicht kritisch sehen.

Ratsherr Dr. Genthe hingegen hielt nichts von Symbolpolitik. In dieser Angelegenheit gelte das sogenannte Subsidiaritätsprinzip. Dies bedeute, dass der Rat für Klimapolitik nicht zuständig sei. Dennoch gab er zu verstehen, dass die FDP-Fraktion die Ziele des Pariser Abkommens teile. Zudem störe ihn der Begriff „Klimanotstand“.

Ratsfrau Bruck entgegnete, dass der Klimaschutz nicht irgendwas sei. Die junge Generation wisse eben nicht, ob es ihr in 30 Jahren noch gut gehe. Die Jugendlichen dürfen zum Teil meist noch nicht wählen gehen, um ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Jeder von uns müsse ein Vorbild sein.

Nachdem Fragen der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner zu diesem TOP nicht vorlagen, beschloss der Rat wie folgt:

Der Rat der Gemeinde Weyhe

a) erklärt nach dem Vorbild der Stadt Konstanz den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.

b) erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

c) berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen, und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt und Artenschutz auswirken. In Beschlussvorlagen sind etwaige Auswirkungen auf den Klima-, Umwelt- und Artenschutz darzustellen.

d) beauftragt den Bürgermeister mit der Überprüfung und ggf. Fortschreibung des 2012 verabschiedeten Klimaschutz-Aktionsprogramms (KAP) und wird hierfür die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung stellen.

e) fordert den Bürgermeister auf, dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit halbjährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten.

f) fordert auch andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland auf, dem Konstanzer Vorbild zu folgen und den Klimanotstand auszurufen. Insbesondere macht er Land und Bund darauf aufmerksam, dass ein vollständiges Einhalten der Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen noch nicht möglich ist. Erst ein vollständiger Abbau weiterhin bestehender Subventionen für fossile Energieträger, eine sozial gerecht ausgestaltete CO₂-Bepreisung, eine grundlegend veränderte Verkehrspolitik und eine klimaschutzkonforme Förderung des sozialen Wohnungsbaus würden hier das dringend benötigte Fundament legen.

Der Beschluss wurde bei drei Enthaltungen **mehrheitlich** gefasst.